

Ungarn

Tamás Szigetvári*

Die ungarische Wirtschaft wurde während eines starken konjunkturellen Aufschwungs von den Folgen der Covid-19-Pandemie getroffen. Gleichzeitig fordert Premierminister Viktor Orbán weiterhin die Grundwerte der EU heraus, lehnt föderalistische Tendenzen ab und rückt das Thema Migration als Bedrohung der Sicherheit Ungarns in den Fokus.

Die Covid-19-Pandemie

Am 4. März 2020 wurde die erste SARS-CoV-2-Infektion, am 15. März 2020 der erste verstorbene Patient gemeldet. Bis Anfang Mai 2020 nahmen die Infektionsfälle zu, überschritten die Anzahl von 2.000 Fällen und begannen anschließend zu sinken. Am 11. März 2020 wurde der nationale Notstand ausgerufen, durch den eine spezielle Rechtsordnung in Kraft trat. Wie in den meisten Ländern der Welt wurden Maßnahmen zur Einschränkung des öffentlichen Lebens eingeführt, welche zum Teil aufgehoben wurden, als sich das Infektionsgeschehen beruhigte. Die Wirtschaftskraft in Ungarn ist erheblich zurückgegangen, sodass mehrere zehntausend Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen während der Covid-19-Pandemie

Ungarn unternahm andere Maßnahmen als seine Nachbarländer: Während in vielen Ländern eine Lockerung der Geldpolitik durch Zinssenkungen der nationalen Wirtschaft geholfen hat, die Krise zu bewältigen, hat die ungarische Zentralbank die Zinssätze sogar leicht angehoben, um den Wechselkurs der Landeswährung zu stützen. Durch diese Fiskalpolitik wurden die Ausgaben und somit das eing geplante Haushaltsdefizit zwar leicht erhöht, die geschnürten Unterstützungspakete waren jedoch nicht besonders umfangreich.¹

Zunächst wurde am 18. März 2020 die Tilgungs- und Zinszahlungsverpflichtung für alle Darlehen an Privatpersonen und Unternehmen bis Ende 2020 ausgesetzt. In den Bereichen Tourismus, Gastgewerbe, Unterhaltung, Sport, Kultur und Personenverkehr wurden die Arbeitgeber bis zum 30. Juni 2020 vollständig von der Sozialbeitragssteuer befreit, während Arbeitnehmer von der Zahlung von Rentenbeiträgen befreit wurden. Um Arbeitsplätze zu schaffen, werden Investitionen mit etwa 450 Mrd. Forint (ca. 1,3 Mrd. Euro) staatlich unterstützt. Rund 1.345 Mrd. Forint (ca. 3,8 Mrd. Euro) aus dem Staatshaushalt wurden für krisenbezogene Maßnahmen bereitgestellt, indem zum Beispiel die Hälfte der für politische Parteien gezahlten finanziellen Unterstützung umgeschichtet wurde. Außerdem wurden die Gewerbesteuer internationaler Konzerne und ein wesentlicher Teil der Subventionen der lokalen Regierungen genutzt. Obwohl die Arbeitslosenunterstützung in Ungarn mit einer Dauer von nur drei Monaten bereits eine der kürzesten und niedrigsten der EU ist, wollte die Regierung an dieser nichts ändern. Stattdessen ließ

* Übersetzt aus dem Englischen von Lukas Haunhorst und Jana Schubert.

1 Gergely Brückner: Ha nem lesz második hullám, Orbánnak van igaza, ha lesz, akkor a többieknek, 16.6.2020, abrufbar unter: https://index.hu/gazdasag/2020/06/16/ha_nem_lesz_masodik_hullam_orbannak_van_igaza_ha_lesz_akkor_a_tobbieknek/ (letzter Zugriff: 13.8.2020).

die Regierung verlauten, dass man eine arbeitsorientierte Gesellschaft anstrebe und dass so viele Jobs geschaffen würden, wie der Pandemie zum Opfer gefallen waren.²

Betrachtet man die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, so lässt sich feststellen, dass Ungarn (sowie die gesamte mittel- und osteuropäische Region) von der Pandemie in einer recht stabilen wirtschaftlichen Verfassung getroffen wurde, während die Pandemie selbst sich wesentlich moderater auswirkte als in anderen Ländern. Ungarn könnte sogar von einer möglichen Verkürzung der Lieferketten profitieren, wodurch Investitionen in der Region gestärkt werden könnten.

Rechtliche Maßnahmen während der Covid-19-Pandemie

Ein angesichts der Pandemie am 30. März 2020 verabschiedetes Gesetz ermächtigte die Regierung, den Geltungsbereich ihrer Dekrete auf Basis des jeweiligen Paragraphen des Grundgesetzes bis zum Ende des Notstands auszudehnen. Die Nationalversammlung darf diese Ermächtigung jedoch vor dem Ende des Notstands widerrufen. Dank dieser speziellen Rechtsordnung sei die Regierung in der Lage, schnelle und wirksame Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie treffen zu können, sagte Justizministerin Judit Varga.³

Das Gesetz wurde kritisiert, da es keine Befristungsklausel enthält, welche eine klare zeitliche Begrenzung des Ausnahmezustands vorsieht.⁴ Das Europäische Parlament verabschiedete eine Erklärung, in der das Vorgehen der ungarischen Regierung während der Covid-19-Pandemie als absolut unvereinbar mit den europäischen Werten verurteilt wurde. Es appellierte an die Europäische Kommission, zu prüfen, ob Ungarn gegen EU-Recht verstoßen habe und forderte den Rat der Europäischen Union auf zu prüfen, ob das Gesetzesvorhaben mit den in Art. 2 EUV verankerten Werten vereinbar sei.⁵

Der Regierungssprecher für internationale Angelegenheiten, Zoltán Kovács, stellte die Kritik am Notstandsgesetz als auf Fehlinformation basierend, vorurteilsbehaftet oder falsch dar. Ungarn würde als Sündenbock benutzt, obgleich andere EU-Länder weitgehendere Beschränkungen erlassen hätten.⁶ Der Ausnahmezustand und das Gesetz zur Pandemiebekämpfung wurden am 16. Juni 2020 von der Nationalversammlung zurückgezogen.

Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Als Mitglied der so genannten „Freunde der Kohäsion“ betrachtet Ungarn die Beibehaltung des derzeitigen Niveaus der kohäsionspolitischen Finanzmittel als Kernpriorität.⁷ Im Februar 2020 erklärte Orbán auf dem EU-Gipfel in Brüssel, dass man für ein ehrgeiziges Europa ein ehrgeiziges Budget bräuchte. Man könne nicht bei einem Prozent des Brutto-

2 Kabinett des Premierministers: Annyi munkahelyet kell létrehozni, amennyit a vírus tönkretesz, 6.4.2020, abrufbar unter: <https://www.kormany.hu/hu/a-miniszterelnok/hirek/amennyi-munkahelyet-a-virus-tonkretesz-annyi-kell-letrehozni> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

3 Rita Palfi/Lauren Chadwick: Coronavirus: Hungary bid to end emergency powers 'an optical illusion', say human rights NGOs, in: Euronews.com, 28.5.2020.

4 Radio Free Europe Radio Liberty: EU Voices 'Particular Concerns' Over Hungary's Coronavirus Laws, 14.5.2020, abrufbar unter: <https://www.rferl.org/a/european-parliament-to-debate-hungary-s-coronavirus-laws-amid-detentions/30611439.html> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

5 Daren McCaffrey: Analysis: How should the EU deal with 'totally incompatible' Hungary?, in: Euronews.com, 22.4.2020; Europäisches Parlament: Pressemitteilung. „Gefahrenzustand“ in Ungarn: EP setzt sich für Demokratie ein, Brüssel, 24. März 2020, 20200324IPR75702.

6 Palfi/Chadwick: Coronavirus, 2020.

7 Hungarian Spectrum: Viktor Orbán at the failed EU budget negotiations, 21.2.2020, abrufbar unter: <https://hungarianspectrum.org/2020/02/21/viktor-orban-at-the-failed-eu-budget-negotiations/> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

nationaleinkommens (BNE) der EU stehen bleiben, sondern müsse sich verpflichten, dass alle Mitgliedstaaten 1,3 Prozent des BNE zahlen.⁸ Er betonte die Bedeutung des Binnenmarkts und seiner zwei Säulen, die landwirtschaftliche Unterstützung durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Kohäsionsfinanzierung. Premierminister Orbán räumte ein, dass die Positionen bezüglich des nächsten MFR noch weit auseinander lägen und erklärte, dass die europäische Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren in Brüssel korrumpiert worden wäre und dass man die offensichtlichen Konsequenzen bald sehen würde.⁹

Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“

Auf einem Gipfel der Visegrád-Staaten (V4), zu denen die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakei zählen, am 11. Juni 2020 in Prag haben deren Staats- und Regierungschefs den neuen 750 Mio. Euro schweren Wiederaufbaufonds der EU namens „Next Generation EU“ diskutiert. Die V4 möchten den vorgeschlagenen Fonds fairer und flexibler gestalten. Orbán sagte, dass Ungarn sich ein wirtschaftlich faires Paket für den Wiederaufbau wünsche; ein Paket, bei dem Ungarn nicht 30 Prozent weniger bekommen dürfe als Portugal, ein EU-Land, das einerseits von der Landesfläche und andererseits von der Einwohnerzahl mit Ungarn vergleichbar wäre.¹⁰

Es wird erwartet, dass Ungarn Anspruch auf 15 Mrd. Euro aus dem Fond hat, von denen rund acht Mrd. Euro Teil eines nicht zurückzahlbaren Zuschusses wären. Diesen Schätzungen zufolge hätte der Fonds einen finanziell positiven Saldo für Ungarn und es gäbe keine Verschlechterung in Bezug auf die Kohäsions- und Agrargelder des neuen mehrjährigen Finanzrahmens im Vergleich zum MFR-Entwurf vom Februar 2020.¹¹

Orbán sagte dazu, dass obwohl die Mittel des 750 Mrd. Euro schweren Wiederaufbaufonds lediglich aus Krediten stammen und nicht durch reale Arbeitsleistungen oder materielle Gütern erwirtschaften würden und es damit direkt gegen die ethisch-moralischen Überzeugungen Ungarns bezüglich Geld verstieße, eine außergewöhnliche Situation eine außergewöhnliche Lösung erfordere. Ungarn sei daher bereit, die Initiative zur gemeinsamen Aufnahme von Krediten auf EU-Ebene zu akzeptieren und diesen zuzustimmen.¹² Dieses Thema war, obschon in verzerrter Form, Gegenstand einer landesweit durchgeführten Umfrage: Die oben erwähnten Kredite enthalten Anleihen mit einer maximalen Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Die Menschen in Ungarn wurden jedoch nach einer angeblich von George Soros vorgeschlagenen und nicht ablaufenden Anleiheversion befragt.¹³

8 Kabinett des Premierministers: Ambiciózus Európához ambiciózus költségvetés kell, 21.2.2020, abrufbar unter: <https://www.kormany.hu/hu/a-miniszterelnok/hirek/ambiciozus-europahoz-ambiciozus-koltsegvetes-kell> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

9 24.hu: Orbán: a brexit azt mutatja meg, hogy az unió kívül is van élet, 1.2.2020, abrufbar unter: <https://24.hu/kulfold/2020/02/01/orban-viktor-unio-koltsegvetes-neppart-brexit/> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

10 Zoltán Kovács: PM Orbán at V4 summit: It's morally unacceptable that rich countries would receive more from the EU recovery fund, 12.6.2020, abrufbar unter: <http://abouthungary.hu/blog/pm-orban-at-v4-summit-its-morally-unacceptable-that-rich-countries-would-receive-more-from-the-eu-recovery-fund/> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

11 Portfolio.hu: Rugalmasabbá és igazságosabbá akarják tenni az EU-s helyreállítási alapot Orbán Viktorék, 2.6.2020, abrufbar unter: <http://portfolio.hu/unios-forrasok/20200602/rugalmasabb-es-igazsagosabb-aka-rjak-tenni-az-eu-s-helyreallitasi-alapot-orban-viktorek-435050> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

12 Kovács: PM Orbán at V4 summit, 2020.

13 Portfolio.hu: Taktikát váltott a négy fukar és ez jó jel Magyarországnak is, 31.5.2020, abrufbar unter: <https://www.portfolio.hu/unios-forrasok/20200531/taktikat-valtott-a-negy-fukar-es-ez-jel-magyarorszag-nak-is-osszejohet-a-nagy-eu-s-alku-434766> (letzter Zugriff: 13.8.2020).

Migration und Rechtsordnung

Trotz der niedrigen Migrationszahlen in Ungarn betrachtet das Land Migration als drängendstes Sicherheitsproblem. In der neuen, am 21. April 2020 verabschiedeten nationalen Sicherheitsstrategie wurde die massenhafte Ankunft illegaler Migranten über den Westbalkan oder andere Routen als größte Sicherheitsherausforderung festgehalten.

Die Regierung betrachtet das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu den sogenannten „Transitzonen“¹⁴ als Nachweis für einen „koordinierten Angriff“ auf Ungarn. Sie befolgt das Urteil, ist aber nicht damit einverstanden.¹⁵ Laut Orbán sei das Urteil ein Versuch, die ungarischen Gesetze und die ungarische Verfassung zu umgehen, sodass Brüssel Migranten nach Ungarn bringen könnte.¹⁶ Brüssel werde es aber nicht schaffen, Ungarn auszutricksen. Es sei unwiderlegbar klar, dass bei einem Widerspruch die ungarische Verfassung Vorrang vor der EuGH-Entscheidung haben müsse. EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, Vera Jourova, wies dies am 10. Juni 2020 vor Reportern mit den Worten, dass dies eine Lüge, eine lancierte Falschmeldung, zurück.¹⁷

Die Zukunft Europas und der britische EU-Austritt

Laut Premierminister Orbán habe Ungarn nicht vor, die EU zu verlassen, es sei vielmehr an einem starken und vereinten Europa interessiert, das auf dem erfolgreichen Weg der Integration bliebe und weiterhin eine attraktive Integrationsperspektive genieße. Die östlichen und westlichen EU-Mitgliedstaaten müssten einen Kompromiss hinsichtlich der gemeinsamen Zukunft finden. Obschon die westlichen und die östlichen EU-Mitgliedstaaten eindeutig unterschiedliche Wege gingen und unterschiedliche Werte respektierten, könne ein Weg für das Zusammenleben gefunden werden.¹⁸ Die Zukunft der EU sei daher nicht föderaler Natur, sondern eine integrative Allianz souveräner Nationalstaaten. Ungarn würde durch die den britischen EU-Austritt einen wichtigen Verbündeten verlieren, da London ebenfalls die souveränitätsorientierte Sichtweise zur EU gegenüber der föderalen der Europäischen Kommission vertreten hätte.¹⁹

Fazit

Die Regierung stellt weiterhin einige europäische Werte in Frage und versucht, sie nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Dennoch betrachtet sie Ungarn weiterhin als integralen Bestandteil Europas und passt sich notfalls flexibel den Erfordernissen an.

Weiterführende Literatur

Robert Csehi/Edit Zgut: ‘We won’t let Brussels dictate us’: Eurosceptic populism in Hungary and Poland, in: *European Politics and Society* 2020, S. 1–16.

Martijn Mos: Ambiguity and interpretive politics in the crisis of European values: evidence from Hungary, in: *East European Politics* 2/2020, S. 267–287.

14 Vlagyiszlav Makszimov: Top EU court says Hungarian ‘transit zone’ amounts to detention, in: *Euractiv*, 14.5.2020.

15 *Infostart.hu*: Döntött a kormány, 2020.

16 *Infostart.hu*: Döntött a kormány a tranzitciónak sorsáról, in: *inforstart.hu*, 21.5.2020.

17 Vlagyiszlav Makszimov: Commission: Hungarian poll question “fake news”, in: *Euractiv*, 11.6.2020.

18 Gergely Szakacs: Hungary will remain part of the European Union, PM Orbán says, in: *Reuters.com*, 29.9.2019.

19 *Abouthungary.com*: Hungary would be “losing a lot” with Brexit, says official, 11.11.2019, abrufbar unter: <http://abouthungary.hu/news-in-brief/hungary-would-be-losing-a-lot-with-brexit-says-official/> (letzter Zugriff: 13.8.2020).